

FRA-Erhebung zu Wahrnehmungen und Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Antisemitismus

Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verbietet jede Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer oder sozialer Herkunft, Religion, Weltanschauung, oder der politischen sowie sonstigen Anschauung.

Politischer Hintergrund

Der Gleichbehandlungsgrundsatz bildet einen grundlegenden Wert der Europäischen Union (EU) und ist in einer Reihe ihrer Kerndokumente verankert, etwa in der Charta der Grundrechte. Artikel 19 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union überträgt der Union Befugnisse, um unter anderem die Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung zu bekämpfen.

Die Richtlinie 2000/43/EG zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft bietet umfassenden Schutz vor unmittelbarer und mittelbarer Diskriminierung sowie vor Belästigung aufgrund der Rasse oder ethnischen Herkunft in mehreren Bereichen, wie beispielsweise Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung, Bildung, Sozialschutz und Zugang zu und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, einschließlich von Wohnraum.

Der Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates der Europäischen Union zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verlangt von allen EU-Mitgliedstaaten, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um folgende Handlungen mit strafrechtlichen Sanktionen zu ahnden: die öffentliche Aufstachelung zu Gewalt oder Hass gegen Bevölkerungsgruppen, die etwa nach Kriterien der Religion, Abstammung oder ethnischen Herkunft definiert werden, und die Beihilfe hierzu, sowie das öffentliche Billigen, Leugnen oder gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.

Schlüsselthemen

Antisemitismus in der EU

Die FRA publiziert jedes Jahr einen Bericht zu Antisemitismus und stützt ihre Erkenntnisse dabei auf Daten und Informationen von Regierungs- und Nichtregierungsstellen. Die Berichte der FRA haben gezeigt, dass die jüdische Bevölkerung in der EU nach wie vor von Antisemitismus betroffen ist. Juden werden zum Beispiel am Arbeitsplatz, in der Schule oder bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen diskriminiert oder belästigt. Zudem laufen Juden Gefahr, Opfer von Hassdelikten zu werden. Hassdelikte betreffen nicht nur die Opfer selbst, sondern bereiten auch den Familien und Gemeinschaften der Opfer Verunsicherung und Angst. Des Weiteren können Juden auch zu Opfern von Hassreden werden.

Die vorhandenen Daten zu Erscheinungsformen, Ausmaß und insbesondere den Auswirkungen des Antisemitismus auf die jüdische Bevölkerung in den EU-Mitgliedstaaten sind lückenhaft und nicht vergleichbar, wie in FRA-Berichten zu Antisemitismus in den letzten Jahren mehrmals betont wurde.

Die Umfrage

Europäische Institutionen sowie EU-Mitgliedstaaten benötigen mehr Datenmaterial für ein umfassenderes Bild der aktuellen Lage, damit sie in Folge durchdachte politische und rechtliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus ausarbeiten können.

Um diesem Bedarf gerecht zu werden, wird die FRA im Jahr 2012 eine Erhebung unter der jüdischen Bevölkerung in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten durchführen. Der Schwerpunkt dieser Umfrage wird auf den Erfahrungen und Wahrnehmungen jüdischer Menschen im Zusammenhang mit Antisemitismus liegen.

Ziele der Umfrage sind:

- die Sammlung von fundierten, verlässlichen und vergleichbaren Daten zu Erfahrungen und Wahrnehmungen von Juden im Zusammenhang mit Antisemitismus in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten.
- die Bereitstellung faktengestützter Grundrechtsberatung für politische Entscheidungsträger auf EU- und nationaler Ebene, um diese bei der Entwicklung von politischen Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus zu unterstützen. Einerseits soll so das Bewusstsein für die Grundrechte geschärft werden und andererseits soll dazu beigetragen werden, dass entsprechende Vorfälle häufiger gemeldet werden.

Fehlen vergleichbarer Daten aus allen EU-Mitgliedstaaten

Umfragen zu Antisemitismus wurden bislang nur in einigen wenigen EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Umfragen sind nicht vergleichbar, was größtenteils auf die unterschiedlichen Datenerhebungsverfahren zurückzuführen ist. EU-weite Umfragen, wie beispielsweise Eurobarometer, befragen einen Ausschnitt der Gesamtbevölkerung, sodass der Anteil jüdischer Befragter zu gering für eine fundierte Analyse ist.

Aus diesem Grund hat sich die FRA dazu entschlossen, auf Basis ihrer Erfahrungswerte zu Erhebungen unter „schwer erreichbaren“ Bevölkerungsgruppen, wie z. B. unter MigrantInnen und ethnischen Minderheiten, oder Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen, selbst ein Befragungstool zu entwickeln. Im Jahr 2008 befragte die FRA im Rahmen einer umfassenden Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung (EU-MIDIS) in allen EU-Mitgliedstaaten MigrantInnen sowie Angehörige ethnischer Minderheiten zu ihren Erfahrungen mit Diskriminierung und krimineller Viktimisierung. 2011 führte die FRA eine Erhebung unter Roma-Minderheiten in 11 EU-Mitgliedstaaten durch.

Die nun in einer Anzahl von EU-Mitgliedstaaten durchgeführte Umfrage wird die Erfahrungen und Ansichten von Menschen, die sich selbst als jüdisch bezeichnen, untersuchen. Der Schwerpunkt wird dabei auf folgenden Themen liegen: persönliche Erfahrungen mit Antisemitismus, Diskriminierung in Schlüsselbereichen des sozialen Lebens, Hassdelikte und Hassreden, Wissen um die eigenen Rechte und Rechtsbehelfe sowie Sicherheitsempfinden.

Methodik

Im Rahmen des Projekts werden in neun ausgewählten EU-Mitgliedstaaten Stichproben mit 350 bis 1 500

weiblichen sowie männlichen Teilnehmern mittels eines standardisierten Online-Fragebogens befragt. Die Auswahl der Länder erfolgt anhand der geschätzten Größe ihrer jüdischen Bevölkerung und/oder unter Berücksichtigung unterschiedlicher EU-Regionen, die verschiedene historische Entwicklungen sowie die Auswirkungen dieser auf die befragten Gemeinschaften widerspiegeln.

Eine der Herausforderungen bei diesem Projekt ist die Schwierigkeit, mögliche TeilnehmerInnen für diese Befragung zu erreichen. Daher sind zwei Projektphasen geplant. Zuerst wird im Schneeball-Verfahren eine Stichprobe der zu befragenden Personen ermittelt. Diese Technik stützt sich auf Netzwerke infrage kommender Personen, die wiederum andere mögliche UmfrageteilnehmerInnen nennen. Die Technik wurde speziell für Umfragen unter schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen konzipiert, um repräsentative Ergebnisse für die betreffende Bevölkerungsgruppe zu erhalten. In der zweiten Phase werden alle infrage kommenden TeilnehmerInnen in neun Mitgliedstaaten gebeten, den Fragebogen auszufüllen, um eine größere Reichweite zu gewährleisten.

Einbeziehung der Interessengruppen

Seit 2011 hat die FRA eine Reihe von Konsultationen mit Interessengruppen und Umfrage-ExpertInnen durchgeführt, um die in der Erhebung abzudeckenden Themen festzulegen. Zudem wurde erörtert, welche Art von Daten und Ergebnissen die verschiedenen Interessengruppen am dringendsten benötigen.

Unter den konsultierten Interessengruppen finden sich europäische Organisationen jüdischer Gemeinden, nationale jüdische Gemeinden, europäische Institutionen, internationale Organisationen, politische EntscheidungsträgerInnen auf nationaler Ebene, und andere Organisationen der Zivilgesellschaft jener EU-Mitgliedstaaten, in denen die Erhebung durchgeführt wird.

Ergebnisse

Die Ergebnisse der Umfrage werden im Jahr 2013 vorliegen.

Weitere Informationen

Besuchen Sie die Website der FRA unter:

<http://fra.europa.eu>

oder wenden Sie sich an:

information@fra.europa.eu